

N i e d e r s c h r i f t

**der 40. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.03.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:02 Uhr bis 17:09 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:06 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Herrn Dr. Meerheim
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 16:05 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Herr Dr. Markus Folgner	Verwaltung	
Herr Drago Bock	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
------------------------	------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 40. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.2. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
im Planungsausschuss vertagt
- 5.3. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400
im Planungsausschuss vertagt
- 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266
vom Antragsteller für erledigt erklärt
- 6.1.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302
Bezugsantrag wurde vom Antragsteller für erledigt erklärt
- 6.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 6.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)
Vorlage: V/2013/11478
vom Antragsteller im Planungsausschuss für erledigt erklärt

- 6.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
in den Ausschüssen vertagt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass folgende Anträge auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 5.4.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579
- 6.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585
- 6.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274
Der Antrag wurde am 18.03.2013 geändert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2012
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2012
- 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 19.01.2013
- 3.4 Genehmigung der Niederschrift vom 23.01.2013
- 3.5 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.02.2013
5. Beschlussvorlagen

- 5.1 *Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/11173 *abgesetzt*
- 5.2 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11394 *abgesetzt*
- 5.3 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)*
Vorlage: V/2013/11400 *abgesetzt*
- 5.4 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012
Vorlage: V/2013/11495
- 5.4.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579
- 5.5 Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main
Vorlage: V/2013/11518
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung*
Vorlage: V/2012/11266 *abgesetzt*
- 6.1.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)*
Vorlage: V/2012/11302 *abgesetzt*
- 6.2 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353
- 6.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585
- 6.2.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535
- 6.3 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft*
Vorlage: V/2012/11276 *abgesetzt*

- 6.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274
- 6.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)*
Vorlage: V/2013/11478 *abgesetzt*
- 6.5 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung*
Vorlage: V/2013/11368 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14.11.2012.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 37. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 05.12.2012.

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 19.01.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung des Hauptausschusses vom 19.01.2013.

zu 3.4 Genehmigung der Niederschrift vom 23.01.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 38. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2013.

zu 3.5 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2013

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass auf Seite 15 der Niederschrift über den FDP-Antrag zur Ausschilderung der Händelgarage abgestimmt wurde.

zu 6.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage Vorlage: V/2012/11273

Die Abstimmung wurde in Satz 1 und Satz 2 gesplittet und sei auch richtig dargestellt: Satz 1 = mehrheitlich zugestimmt und Satz 2 = mehrheitlich abgelehnt, jedoch werde im Beschlusstext Satz 1 **und** Satz 2 wiedergegeben. Dies müsse noch geändert werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt schildert die Zufahrt zur Händelgarage ordnungsgemäß und gut sichtbar aus. ~~Weiterhin garantiert die Stadt, dass aus nördlicher Richtung die Garage im Händelhaus dauerhaft auf kurzem Weg angefahren werden kann.~~

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Korrektur zu diesem Punkt zu und bat um Abstimmung der so geänderten Niederschrift.

Es gab keine weiteren Einwände gegen die Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.02.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 20.02.2013

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.4 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012 Vorlage: V/2013/11495

zu 5.4.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495) Vorlage: V/2013/11579

**zu 5.4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage „Aufhebung der
Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle
(Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012“ (Vorlagen-Nr.
V/2013/11579)
Vorlage: V/2013/11586**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass die Begründung zur Vorlage schriftlich vorliege und es von Seiten der Verwaltung keine weiteren Anmerkungen dazu gäbe.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich zum Änderungsantrag seiner Fraktion dahingehend, dass zum damaligen Zeitpunkt aus den Reihen der Ausschussmitglieder und des Rates dokumentiert wurde, dass es zwingend notwendig war, mit der kommunalen Aufsichtsbehörde, dem Landesverwaltungsamt und auch mit den Vertretern der Landesregierung ein Einvernehmen herzustellen. Dafür wurde die Vereinbarung geschlossen.

Mit dem jetzigen Antrag wolle man die Stadtverwaltung beauftragen, diese Vereinbarung neu zu verhandeln, um für die Zeit der Haushaltskonsolidierung, wo es möglicherweise Einschnitte geben wird, das Verständnis der Landesregierung und damit der Aufsichtsbehörde zu haben.

Herr Krause wies darauf hin, dass es kontraproduktiv wäre, die Vereinbarung einseitig aufzuheben, ohne die Gespräche miteinander zu führen und gegenseitig den guten Willen für eine Zusammenarbeit zu signalisieren.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** bei Herrn Krause nach, was jetzt das konkrete Anliegen seiner Fraktion sei.

Herr Krause erklärte, dass eine Änderung der Vereinbarung durch eine Neuverhandlung angestrebt werde.

Zu den Äußerungen von Herrn Krause stellte **Herr Wolter** weiterhin fest, dass er die Aufhebung der Vereinbarung nicht ausschließen und sich dem anschließen könne, wenn die Vereinbarung aufgehoben werde mit einem neuen Vorschlag zur Fortsetzung der Zusammenarbeit.

Dazu stellte **Herr Krause** erläuternd fest, wenn beide Seiten zu dem Schluss kämen, die alte Vereinbarung aufzuheben und eine neue abzuschließen, dann wäre der Antrag seiner Fraktion so zu verstehen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sein Unverständnis zum Antrag der SPD-Fraktion, da dieser nicht mit den mündlichen Ausführungen von Herrn Krause übereinstimmen würde. Zielrichtung des Antrages seien Verhandlungen zur Fortsetzung der Vereinbarung. Die Schilderungen von Herrn Krause ließen aber eine Aufhebung der Vereinbarung zu. Seiner Meinung nach wäre hier ein komplett neuer Textvorschlag vorzulegen.

Herr Wehrich wies weiter darauf hin, dass seine Fraktion auch schon der ursprünglichen Vereinbarung nicht zugestimmt habe, weil sie zu stark in die kommunale Selbstverwaltung der Stadt eingreife. Auch sehe er von Seiten des Landesverwaltungsamtes überhaupt kein Entgegenkommen und deshalb gäbe es auch keine Notwendigkeit, an dieser Vereinbarung festzuhalten.

Dazu stellte **Herr Krause** noch einmal klar, dass die Vereinbarung im ursprünglichen Sinne nicht mehr aktuell sei, es aber sinnvoll wäre, gemeinsam einen Weg zu gehen um die Probleme zu lösen und nicht gegeneinander zu arbeiten.

Der Antrag seiner Fraktion soll die Möglichkeit zur Fortsetzung der Vereinbarung in modifizierter Form prüfen.

Desweiteren wies **Herr Krause** darauf hin, dass es seiner Fraktion darum gehe, dass die Verwaltung aktiv einen Weg suche im Sinne einer Vereinbarung, denn das bedeute Verbindlichkeit im Umgang miteinander, um die schwierigen Probleme zu lösen. Es müsse geschaut werden, ob es Möglichkeiten gibt, die bestehende Vereinbarung weiter zu entwickeln, und zwar mit einem Text, mit dem beide Seiten gut leben können.

Die Stadtverwaltung müsse mit dem Stadtrat und der Aufsichtsbehörde gemeinsam an einem Strang ziehen, das sei der Sinn des Antrages. Und es werde der Versuch gemacht, zu einer einvernehmlichen Vereinbarung zu kommen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass es nun mal diese Vereinbarung und den erklärten Willen zur Zusammenarbeit gäbe. Er wies darauf hin, wenn man dem Antrag des Oberbürgermeisters folgen würde, gäbe man das Signal, dass man nicht bereit wäre, mit dem Landesverwaltungsamt zusammenzuarbeiten. Dies wäre politisch nicht das richtige Zeichen.

Herr Bönisch erklärte weiter, dass seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen könne, mit den vielen Möglichkeiten, den dieser beinhalte.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, erklärte, dass nicht angezweifelt werde, dass es eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt geben sollte. Jedoch hätte sich gezeigt, dass die bisher geschlossene Vereinbarung nur einseitige Verpflichtungen seitens der Stadt beinhalte. Seine Fraktion hätte sich von Anfang an gegen diese Vereinbarung ausgesprochen, auch gegen das Berufen eines Sparberaters.

Herr Lange verstehe den Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht so, dass die jetzige Vereinbarung aufgehoben werden soll. Dies könne die Folge sein, wenn sich beide Seiten dazu erklären. Konsequenter wäre es, wenn man den Beschlusspunkt der Stadtverwaltung als Beschlusspunkt 1 nehmen und einen Beschlusspunkt 2 anfügen würde, dass es zur Verhandlung einer neuen Vereinbarung kommen soll. Dann könnte man schauen, ob man eine neue Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt hinbekäme. Das wäre seiner Meinung nach nachvollziehbares Handeln.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fasste zusammen, dass die Kommunikationsstränge zum Landesverwaltungsamt wichtig seien und auch gehalten werden müssen. Jedoch sollte dem Landesverwaltungsamt mitgeteilt werden, dass für den jetzigen Haushalt erst mal kein Handlungsbedarf für eine Vereinbarung bestehe, aber zu gegebener Zeit natürlich wieder die Hilfe und Beratung des Landesverwaltungsamtes eingeholt werde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte sein Unverständnis zur Diskussion und verwies darauf, dass kein Sanierungskonzept vorliege und immer betont wurde, dass nicht alles im Haushalt stehe und es einen Nachtrag geben werde. Auch sei im Finanzausschuss der zuständige Beigeordnete durch Herrn Rauschenbach als Sparberater ersetzt worden und er könne sich nicht erklären, dass jetzt gesagt werde, dass die Stadt das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsicht nicht mehr brauchen würde.

Herr Kley stimmte dem Antrag der SPD-Fraktion dahingehend zu, dass man mit dem Landesverwaltungsamt reden müsse, denn eine einseitige Kündigung durch die Stadt würde nur Probleme bereiten.

Herr Wehrich wies darauf hin, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt nicht angezweifelt werde und er den Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion richtig finde. Es wäre aber jetzt die Frage, auf welcher Grundlage weiter verhandelt werde.

Aus diesem Grund stellte seine Fraktion einen Änderungsantrag dahingehend, dass der Antrag der SPD-Fraktion geändert werde in: „Der Text der Beschlussvorlage wird durch folgenden Text **ersetzt ergänzt** . . .“.

So könne die Stadt signalisieren, dass sie in neue Verhandlungen und in den Dialog mit dem Landesverwaltungsamt treten wolle und es so möglicherweise zu einer neuen Vereinbarung kommen könnte.

Herr Krause stellte noch einmal klar, dass man über die Vereinbarung diskutieren müsse, damit der Oberbürgermeister mit dem Mandat des Stadtrates das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt suchen und über die Vereinbarung neu verhandeln könne. So hätte man eine Verhandlungsbasis.

Herr Bönisch stellte die Frage an Herrn Oberbürgermeister, ob dieser nach der Absage des Landesverwaltungsamtes, dass der von der Stadt favorisierte Sparberater nicht akzeptiert werde, ein Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt geführt oder gesucht habe.

Dazu informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass es für ihn selbstverständlich sei, mit dem Landesverwaltungsamt zu diesem Thema das Gespräch zu führen.

Die Finanzhoheit müsse stets unangetastet bleiben. Er wies darauf hin, dass er dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen könne.

Zur Aussage von Herrn Kley zum Nachtragshaushalt machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass der Nachtrag nicht erkläre, dass der Haushalt zum jetzigen Zeitpunkt in bestimmten Bereichen nicht nachvollziehbar wäre. Vielmehr legalisiere er die Möglichkeit für mögliche Veränderung nach Beschluss des Haushaltes.

Herr Lange wies in Bezug auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion darauf hin, wenn dieser ergänzt werden sollte, müsste hinter Landesverwaltungsamt stehen . . . *über eine neue Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten.*

Es gäbe dann zwei Beschlusspunkte: 1. Der Vorschlag der Verwaltung und 2. Die Neuverhandlung der Vereinbarung.

Herr Krause wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er mit dieser Beschlusslage nicht einverstanden wäre, da dies eine Kündigung der Vereinbarung voraussetze und seine Fraktion für eine Weiterentwicklung der Vereinbarung stehe.

**zu 5.4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum
Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage „Aufhebung der
Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle
(Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012“ (Vorlagen-Nr.
V/2013/11579)
Vorlage: V/2013**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung aufzuheben.

Der Text der Beschlussvorlage wird durch folgenden Text ~~ersetzt~~ **ergänzt**:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über **eine neue Vereinbarung** ~~die Möglichkeiten der Fortsetzung der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763)~~ unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

zu 5.4.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt
5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung aufzuheben.

Der Text der Beschlussvorlage wird durch folgenden Text ~~ersetzt~~ **ergänzt**:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über **eine neue Vereinbarung** ~~die Möglichkeiten der Fortsetzung der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763)~~ unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

zu 5.4 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012
Vorlage: V/2013/11495

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung aufzuheben.

**zu 5.5 Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main
Vorlage: V/2013/11518**

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, schlug als Teilnehmer ihrer Fraktion Herrn Bönisch vor.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, schlug als Vertreterin für die Stadt aus seiner Fraktion Frau Sabine Wolff vor.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, informierte darüber, dass in den letzten Jahren immer Vertreter der beiden größten Fraktionen an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. Seine Fraktion habe jetzt beschlossen, dass sie in diesem Jahr keinen Vertreter schicken werden, sondern es gerne sehen würden, wenn eine der kleineren Fraktionen diesen Sitz wahrnehme.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass zwei Stadträte die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart vertreten.
2. Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entscheidung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353**

**zu 6.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585**

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stellte zum Verfahren fest, dass in der Überschrift des Antrages der CDU-Fraktion von bewegungseingeschränkten Schülerinnen und Schülern die Rede sei. Danach folge der Beschlussvorschlag, den der Bildungsausschuss gefasst habe. Dies sei zwar logisch, allerdings müsste dann die Überschrift geändert werden und er sei sich nicht sicher, ob die CDU-Fraktion diese Änderungen aus dem Bildungsausschuss für die jetzigen weiteren Abstimmungen übernommen habe. Dies lässt sich aus dem vorliegenden Papier nicht erkennen. Das müsste noch geklärt werden, ansonsten müsste seine Fraktion den Änderungsantrag aus dem Bildungsausschuss noch mal einbringen und dann müsste auch darüber noch abgestimmt werden.

Dazu stellte **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fest, dass in ihrer Fraktion Konsens darüber bestehe, dass der Antrag, so wie er von ihrer Fraktion gestellt wurde, aufrechterhalten werde.

Ihre Fraktion sei zwar nicht dagegen, dass auch andere Behinderungen mit berücksichtigt werden bei allen Baumaßnahmen, die man jetzt in Zukunft angeht. Aber sie wies auch darauf hin, dass es in den letzten Jahren nicht geschafft wurde, für jede Schulform einen körperbehindertengerechten Schulbau zur Verfügung zu stellen. Insofern sei das, was mit dem Änderungsantrag gewollt sei, einfach ein zu großes und zu unsicheres Thema. Jetzt müsse erst mal in einem ersten Schritt der Umbau zu körperbehindertengerechten Schulbauten angegangen werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass es jetzt nur um die Änderungen gehe, die im Finanzausschuss zusätzlich dazu diskutiert wurden. Der Antrag sei geändert durch zwei Ausschüsse und liege jetzt vor. Im Hauptausschuss dürfe jetzt keine neue Diskussion dazu geführt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informiert, dass er den Hinweis erhalten habe, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag am 14.03.2013 selbst geändert habe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte klar, dass nach seinem Kenntnisstand die CDU-Fraktion sich dem Änderungsantrag erst verweigert, dann aber dem geänderten Antrag zugestimmt habe. Damit sei dieser aber nicht übernommen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass auch schon im Finanzausschuss sehr ausführlich über dieses Thema diskutiert wurde. Der Ausschuss war dann der Meinung, dass dieses Thema insgesamt angegangen werden müsse und dass man auch über Synergien reden muss, zwischen den einzelnen Anforderungen der unterschiedlichen Behinderungen auch an die baulichen Ausführungen der Schulen. Und da

man sich diesem Thema ohnehin stellen müsse, sei der Änderungsantrag mit großer Mehrheit im Finanzausschuss beschlossen worden.

In diesem Zusammenhang empfahl **Herr Bönisch**, den gesamten Antrag mit seiner ganzen Entwicklung zur Abstimmung zu bringen.

Dazu äußerte sich **Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht**, dahingehend, dass die Rechtslage so wäre, dass die Beschlüsse der vorhergehenden Ausschüsse nur Empfehlungsempfehlungen seien und den Antrag des Antragstellers nicht ändern könnten. Das heißt, es bleibt bei dem Antrag bis zum Stadtrat und die Beschlüsse der Ausschüsse vorher sind maximal Empfehlungen für die Beschlussfassung des Stadtrates. So stehe es auch in der Geschäftsordnung im § 21, Abs. 7, Satz 2. Das heißt, über den Antrag ist abzustimmen und nicht nur über das, was in den Ausschüssen beschlossen worden ist.

Herr Lange wies ergänzend darauf hin, dass es vorher gleiche Voten zu spezifischen Punkten gegeben habe und es auch schon mal die Verabredung gab, wenn es gleiche Voten in den Fachausschüssen gibt, werde es im Hauptausschuss nicht mehr behandelt. Jedoch stimmte er den Ausführungen von Herrn Schreyer zu, mit dem Hinweis, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion auch aufrechterhalten werde.

**zu 6.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird ergänzt und erhält folgenden Beschlusspunkt 3:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbesondere die auf einen Rollstuhl angewiesen~~, dort möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

**zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
11 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbesondere die auf einen Rollstuhl angewiesen sind~~, dort möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.**

**zu 6.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274**

Herr Kley, FDP-Fraktion, führte dazu aus, dass der Sportausschuss relativ frühzeitig beschlossen hatte, den Prüfauftrag mit zu beschließen, während im Planungsausschuss die Prüfung bereits erfolgt war. Deshalb wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Zeitpunkt zurückgezogen.

Das heißt jetzt, es wird der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses zugestimmt, die besagt, dass die Nutzbarmachung zu vollziehen ist, weil die Prüfung bereits erfolgt war.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, korrigierte die Ausführungen von Herrn Kley dahingehend, dass der Antrag seiner Fraktion deswegen zurückgezogen wurde, da die FDP-Fraktion erklärte habe, dass die Ergänzung „haushaltsneutral für die Stadt Halle“ in den Antrag übernommen werde.

Auf die Nachfrage von **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob der Begriff „haushaltsneutral“ rechtssicher wäre, stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass der Begriff „haushaltsneutral“ hinlänglich bekannt sei und aussage, dass es keine Belastung des Haushaltes gäbe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Das L-Gebäude südlich der Eissporthalle wird **haushaltsneutral für die Stadt Halle (Saale)** den Fanclubs der Saale Bulls zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen keine vor.

zu 8 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE. Im Stadtrat Halle (Saale) zum Seniorenrat

Frau Haupt führte aus, dass ihrer Ansicht nach die Finanzierung des Seniorenrates nicht geklärt sei. Sie fragte an, wie es mit der Seniorenberatung weiter gehe und welche Lösung angedacht sei.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass der Seniorenrat entsprechende Anträge zur Finanzierung gestellt habe und er auch im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bereit sei, unverzüglich die erforderlichen Finanzmittel ausbezahlen, wenn der Haushalt beschlossen sei.

Er wies aber darauf hin, dass es eine Neuausrichtung auch für den Seniorenrat geben müsse. Es müssten Kosten minimiert werden und es sei wichtig zu hinterfragen, für was die Mittel tatsächlich ausgegeben werden.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Stellungnahme zum Stellenplan

Bezüglich des Antrages der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zum Stellenplan fragte **Herr Wolter** an, wann er mit der Stellungnahme und Bewertung der Verwaltung dazu rechnen kann.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass diese Information bis Montagmittag vorbereitet sei.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Besetzung der Direktorenstelle Stadtmuseum

Zur Besetzung der Direktorenstelle im Stadtmuseum wies **Frau Dr. Bergner** darauf hin, dass ihre Fraktion die jetzige Besetzung für einen großen Fehler halte. Sie berichtete weiter, dass im Kulturausschuss informiert wurde, dass es eine dauerhafte Besetzung sei. Im Stellenplan wäre es aber bisher so ausgewiesen, dass es alternativ eine Kuratoren- oder Direktorenbesetzung geben sollte. Aus diesem Grund fragte sie an, wie der jetzige Stand dazu sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass er im Kulturausschuss deutlich gemacht habe, dass der Stellenplan so verändert werde, dass beide Positionen besetzt werden können. Er habe auch schon Gespräche mit der Kuratorin und mit der Direktorin dazu geführt und die Veränderungen im Stellenplan wurden veranlasst. Der veränderte Stellenplan werde am Montag den Fraktionen übergeben.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Kooperationsvereinbarung Volkshochschule Halle und Saalekreis

Herr Krause fragte an, wie die Kooperationsvereinbarung zwischen der Volkshochschule Halle und dem Saalekreis umgesetzt werde und ob die Verwaltung Veränderungen dazu plane. Er bat um einen ausführlichen Sachstandsbericht dazu.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE. Im Stadtrat Halle (Saale) zum Städtetag

Herr Lange bat die Verwaltung zu prüfen, inwieweit der Oberbürgermeister in den Gremien des Deutschen Städtetages tätig werden könne.

zu 10 Anregungen

Anregung Herr Lange, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Gremien im Städtetag

Herr Lange regte an, dass sich die Stadt Halle weiterhin in den Gremien des Deutschen Städtetages aktiv einbringe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass dies auch für den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt gelte und er machte den Vorschlag, den Stadträten eine Übersicht über die Gremien und die jeweiligen Vertreter der Stadt zukommen zu lassen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin